



## Antrag

der Abgeordneten **Annette Karl, Margit Wild, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

### **Kommunale Förderprogramme auf den Prüfstand stellen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle den Kommunen zur Verfügung stehenden Förderprogramme, welche von der Staatsregierung angeboten werden, auf folgende Punkte hin zu überprüfen:

- Können Förderprogramme gebündelter und damit effizienter gestaltet werden?
- Können Förderprogramme und die damit verbundenen Auflagen vereinfacht werden?
- Werden bei den für die Bearbeitung der jeweiligen Förderprogramme zuständigen Behörden mehr Personalstellen benötigt?
- Gibt es Förderprogramme, bei denen eventuell höhere Fördersätze möglich sind?
- Wäre es nicht bürokratieärmer in Kommunen und Staatsministerien, wenn die Anzahl der Förderprogramme deutlich reduziert und dafür der Umlageanteil der Kommunen am Steueraufkommen dauerhaft erhöht wird?

Anschließend soll dem Landtag nicht nur über die Ergebnisse dieser Überprüfung berichtet werden, sondern auch umgehend mögliche Verbesserungen in den jeweiligen Programmen umgesetzt werden.

### **Begründung:**

Kommunale Förderprogramme sind für alle Gemeinden im Freistaat wichtig, um Investitionen schultern zu können, die der Gesellschaft und der Wirtschaft vor Ort dienen. Sie ergänzen die Investitionsmöglichkeiten der Kommunen und müssen daher unkompliziert und zügig zu beantragen sein. Dies ist mit Blick auf die Fülle von Förderprogrammen, welche den Kommunen vonseiten der EU, des Bundes und des Freistaates zur Verfügung stehen, oftmals nicht der Fall. Die Programme sind häufig mit komplexen Planungsschritten und ausartenden Auflagen verbunden. Dies bindet in den Kommunen folglich ein erhebliches Maß an Zeit und Personal, welches oftmals nicht zur Verfügung steht. Hinzu kommen noch zu kurze Einreichungsfristen gepaart mit personellen Engpässen, die teilweise bei den jeweiligen Einreichungsbehörden herrschen.